Antrag

**des Abg. Christian Gehring u. a. CDU und
der Abg. Petra Häffner GRÜNE**

und

Stellungnahme

**des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung
und Kommunen**

Unterbringung des Polizeireviers Schorndorf

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie der aktuelle Stand der Planungen für den Umzug des Polizeireviers Schorndorf an einen neuen Standort ist;
2. wie hoch die Mietkosten für die derzeitigen Räumlichkeiten zur Unterbringung des Polizeireviers Schorndorf gegliedert nach aktueller monatlicher Miete, bislang insgesamt angefallener Mietkosten und bis zum derzeit geplanten Umzugszeitpunkt noch anfallender Mietkosten sind;
3. welche weiteren Kosten durch den verzögerten Umzug entstanden und bis zum Umzug noch zu erwarten sind;
4. ob am bisherigen Standort des Polizeireviers durch den noch immer nicht vollzogenen Umzug an den neuen Standort Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind, die hätten vermieden werden können;
5. ob sich das Gebäude, das für die zukünftige Unterbringung des Polizeireviers Schorndorf geplant ist, im Besitz des Landes befindet;
6. ob die Möglichkeit besteht, die weitere bauliche Planung des Gebäudes für die zukünftige Unterbringung an einen externen Bauträger zu übertragen, um bei den weiteren Arbeiten Kosten zu sparen, einen schnelleren Umzug des Polizeireviers Schorndorf zu ermöglichen und Vermögen und Bau Amt Ludwigsburg zu entlasten;
7. wie die Landesregierung die bauliche Situation am derzeitigen Gebäude des Polizeireviers Schorndorf beurteilt;

8. wie die Landesregierung die Tatsache bewertet, dass die Bedarfsplanungen beim Umzug des Polizeireviers Schorndorf verzögert ablaufen und dadurch letztlich höhere Kosten entstehen;
9. wie sich die Planungen für die Verlagerung der weiteren Organisationseinheiten der Fahndung und der Prävention nach Schorndorf an den Standort des künftigen Polizeireviers gestalten;
10. ob es für die Liegenschaften der Polizei einen Schwerpunktbereich bei Vermögen und Bau gibt und wenn nicht, wie sie die zukünftige Einrichtung eines solchen Schwerpunktbereichs gerade mit Blick auf Synergieeffekte bewertet.

27.9.2024

Gehring, Dr. Schütte, Bückner, Hockenberger, Huber, Mayr, Dr. Miller CDU
Häffner GRÜNE

Begründung

Das Polizeirevier in Schorndorf ist in für einen ordnungsgemäß funktionierenden Dienst ungenügenden Räumlichkeiten untergebracht. Die Planungen für einen Umzug in neue Räumlichkeiten laufen seit längerer Zeit, doch ein Abschluss des Projekts ist bislang noch nicht absehbar. Mit dem Antrag soll abgeklärt werden, wie der aktuelle Stand ist und wie sich der Umzug möglicherweise beschleunigen lässt. Überdies stellt sich die Frage, ob bei Vermögen und Bau nicht Synergieeffekte und schnellere Arbeitsprozesse ermöglicht werden, wenn für die zahlreichen Liegenschaften der Polizei ein Schwerpunktbereich zuständig ist. Dies gerade vor dem Hintergrund, dass sich für die Liegenschaften der Polizei immer wieder vergleichbare Bedarfe (etwa bei Schleusen, Sicherheitstechnik etc.) ergeben.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 23. Oktober 2024 Nr. IM3-0141.5-466/11/9 nimmt das Ministerium des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen im Einvernehmen mit dem Ministerium für Finanzen zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie der aktuelle Stand der Planungen für den Umzug des Polizeireviers Schorndorf an einen neuen Standort ist;*
- 9. wie sich die Planungen für die Verlagerung der weiteren Organisationseinheiten der Fahndung und der Prävention nach Schorndorf an den neuen Standort des künftigen Polizeireviers gestalten;*

Zu 1. und 9.:

Zu den Ziffern 1 und 9 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Die Sanierung des für das Polizeirevier Schorndorf und den Arbeitsbereich Fahndung der Kriminalinspektion 7 der Kriminalpolizeidirektion Waiblingen vorgesehenen Gebäudekomplexes in der Augustenstraße 7 in Schorndorf ist in zwei Bauabschnitten vorgesehen.

Im ersten Bauabschnitt sollen der sogenannte Kubus und die Tiefgarage für den Arbeitsbereich Fahndung und im zweiten Bauabschnitt das Hauptgebäude für das Polizeirevier Schorndorf umgebaut werden. Darüber hinaus soll perspektivisch auch die Außenstelle Rems-Murr-Kreis des Referats Prävention des Polizeipräsidiums Aalen im sogenannten Backsteingebäude untergebracht werden.

Der Baubeginn für den ersten Bauabschnitt wird für Mitte 2025 angestrebt. Die Planungen für den zweiten Bauabschnitt laufen derzeit. Ein belastbarer Termin für den Baubeginn des zweiten Bauabschnitts kann aktuell aufgrund unterschiedlicher Abhängigkeiten und Fragestellungen noch nicht genannt werden.

2. wie hoch die Mietkosten für die derzeitigen Räumlichkeiten zur Unterbringung des Polizeireviers gegliedert nach aktueller monatlicher Miete, bislang insgesamt angefallener Mietkosten und bis zum derzeit geplanten Umzugszeitpunkt noch anfallender Mietkosten sind;

3. welche weiteren Kosten durch den verzögerten Umzug entstanden und bis zum Umzug noch zu erwarten sind;

Zu 2. und 3.:

Zu den Ziffern 2 und 3 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Der Mietvertrag für das bestehende Polizeirevier Schorndorf in der Grabenstraße 28/1 in Schorndorf wurde am 23. August 1995 geschlossen. Es wird ein ortsüblicher Mietzins entrichtet. Dieser liegt für Büroflächen im Bereich Fellbach Stadt zwischen 8,00 bis 13,00 Euro/m².

Aus Gründen des Datenschutzes und des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen können seitens des Ministeriums für Finanzen keine konkreten Angaben zur aktuellen monatlichen Miete und somit zu den bislang insgesamt angefallenen oder zukünftigen Mietkosten gemacht werden.

4. ob am bisherigen Standort des Polizeireviers durch den noch immer nicht vollzogenen Umzug an den neuen Standort Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind, die hätten vermieden werden können;

Zu 4.:

Am bisherigen Standort des Polizeireviers Schorndorf sind bis zum Umzug an den neuen Standort keine Sanierungsmaßnahmen geplant.

5. ob sich das Gebäude, das für die zukünftige Unterbringung des Polizeireviers Schorndorf geplant ist, im Besitz des Landes befindet;

Zu 5.:

Der für die Unterbringung des Polizeireviers Schorndorf vorgesehene Gebäudekomplex in der Augustenstraße 7 in Schorndorf wurde im August 2021 vom Land Baden-Württemberg erworben.

6. ob die Möglichkeit besteht, die weitere Planung des Gebäudes für die zukünftige Unterbringung an einen externen Bauträger zu übertragen, um bei den weiteren Arbeiten Kosten zu sparen, einen schnelleren Umzug des Polizeireviers Schorndorf zu ermöglichen und Vermögen und Bau Amt Ludwigsburg zu entlasten;

8. wie die Landesregierung die Tatsache bewertet, dass die Bedarfsplanungen beim Umzug des Polizeireviers Schorndorf verzögert ablaufen und dadurch letztlich höhere Kosten entstehen;

Zu 6. und 8.:

Zu den Ziffern 6 und 8 wird aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam Stellung genommen.

Ursprünglich war vorgesehen, das zuvor im Eigentum der Stadtwerke Schorndorf Bäderbetriebe stehende Anwesen Augustenstraße 7 in Schorndorf für die Unterbringung der Polizei anzumieten. Die Mietvertragsverhandlungen zwischen dem Land und den Stadtwerken waren weit gediehen. Insbesondere war auch die durch den Vermieter Stadtwerke umzusetzende fertige Aus- und Umbauplanung für die künftige Nutzung durch die Polizei ein wichtiger Bestandteil der Mietvertragsverhandlungen. Im April 2020 wurde dann dem Land Baden-Württemberg unvermittelt mitgeteilt, dass eine Vermietung aus Sicht des Eigentümers aus wirtschaftlichen Gründen nicht länger in Betracht kommt. Angesichts der Bedeutung einer Verbesserung der Unterbringung des Polizeireviers Schorndorf sowie zwei weiteren Organisationseinheiten des Polizeipräsidiums Aalen hat das Land die Verhandlungen zu einem möglichen Ankauf aufgenommen und im August 2021 die Liegenschaft erworben.

Nach der Entscheidung für den Kauf des Gebäudekomplexes konnte der für die Planungen ursprünglich durch die Stadt Schorndorf beauftragte Architekt vergaberechtlich nicht direkt vom Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg übernommen werden, weshalb eine neue Ausschreibung notwendig war. Zudem ergaben sich aufgrund der zusätzlichen Unterbringung einer Organisationseinheit in Schorndorf Planungsänderungen. Eine mögliche Vergabe an einen Bauträger ist insbesondere unter Berücksichtigung der Planung in Bauabschnitten und weiterhin notwendigen Abstimmungen mit dem Nutzer im Planungsverlauf nicht angezeigt. Zudem kann bei einer Vergabe an einen externen Bauträger nicht grundsätzlich von geringeren Kosten und schnelleren Bauzeiten ausgegangen werden.

7. wie die Landesregierung die bauliche Situation am derzeitigen Gebäude des Polizeireviers Schorndorf beurteilt;

Zu 7.:

Die bauliche Situation im bestehenden Polizeirevier in Schorndorf ist nicht adäquat. Anpassungen sind nur mit erheblichem Aufwand und Kosten möglich. Vor diesem Hintergrund wurde die Entscheidung für die Neuunterbringung getroffen.

10. ob es für die Liegenschaften der Polizei einen Schwerpunktbereich bei Vermögen und Bau gibt und wenn nicht, wie sie die zukünftige Einrichtung eines solchen Schwerpunktbereichs gerade mit Blick auf Synergieeffekte bewertet.

Zu 10.:

Im Landesbetrieb Vermögen und Bau Baden-Württemberg sind die operativen Zuständigkeiten aufgrund der Vielzahl an unterschiedlichen Aufgaben und Nutzern sowie der dezentralen Organisation der Landeseinrichtungen regional und nach fachlichen Disziplinen (z. B. Baumanagement, Immobilienmanagement und Technik) organisiert. So werden u. a. die baulichen, liegenschaftlichen und technischen Aufgaben für die Polizei auf Ebene der jeweils zuständigen Ämter von Vermögen und Bau Baden-Württemberg im gegenseitigen fachlichen Erfahrungsaustausch wahrgenommen. Die übergeordnete operative Steuerung nimmt die Betriebsleitung des Landesbetriebs Vermögen und Bau Baden-Württemberg wahr.

Strobl

Minister des Inneren,
für Digitalisierung und Kommunen